

Jahresbericht 2015
des Verwaltungsgerichts
des Kantons Graubünden

An den Grossen Rat des Kantons Graubünden

Sehr geehrter Herr Landespräsident,
Sehr geehrte Damen und Herren,

Gestützt auf Art. 51a Abs. 1 der Kantonsverfassung und Art. 68 Abs. 2 des Gerichtsorganisationsgesetzes erstatten wir Ihnen Bericht über die Tätigkeit des Verwaltungsgerichtes während des Jahres 2015.

I. Gerichtsorganisation

1. Personelles

Präsident:	Meisser Urs, Dr. iur., von Davos, in Davos Monstein	V
Vizepräsidentin:	Moser Jacqueline, lic. iur., von Arni und Herrliberg, in Flims	V
Richter:	Stecher Robert, lic. iur., von Sumvitg, in Chur Audétat Thomas, Dr. iur., von Bern, Les Verrières und La Côte-aux-Fées, in Chur Racioppi Giuliano, lic. iur., von Chur, in Chur	V V V
Aktuarinnen/ Aktuare:	Krättli-Keller Monica, lic. iur., von Buseno und Untervaz, in Trimmis Gross Beat, lic. iur., von Tschier, in Chur Simmen Tobias, MLaw, von Obersaxen, in Domat/Ems Baumann-Maissen Christa, Dr. iur., von Sumvitg und Wassen, in Landquart Decurtins Flavio, MLaw, von Domat/Ems, in Chur	TZ V V TZ TZ
Kanzleichef:	Saurer Hans-Jörg, von Sigriswil, in Chur (bis 31.12.2015)	V
Kanzleichefin:	Brunold Sandra, von Churwalden, in Maienfeld (ab 01.10.2015)	V

Sekretärinnen: Sommer Silvia, von Grabs, in Chur
Colin Claudia, von Lenzburg, in Thusis

V
TZ

V = Vollamt TZ = Teilzeit

Als Substitute beschäftigte das Gericht in der ersten Jahreshälfte M.A. HSG Simon Bott, Zillis, und MLaw Pierluigi Paganini, Brusio, in der zweiten Jahreshälfte MLaw Carlo Cramer, Domat/Ems, und MLaw Ursina Allemann, Chur. Wie üblich wurden daneben je nach Bedarf verschiedene Aktuarinnen und Aktuare ad hoc eingesetzt.

Anlässlich des Weihnachtssessens am 17. Dezember 2015 nahm das Verwaltungsgericht Graubünden Abschied von seinem langjährigen und sehr geschätzten Kanzleichef des Verwaltungsgerichtes Graubünden, Hans-Jörg Saurer.

Hans-Jörg Saurer war seit dem 1. September 1986 am Verwaltungsgericht des Kantons Graubünden tätig gewesen, also für fast 30 Jahre. Er war somit über eine Generation für das Verwaltungsgericht im Amt und hat es entsprechend geprägt. Hans-Jörg Saurer war nach Karl Fleisch erst der zweite Kanzleichef in der 46-jährigen Geschichte des Verwaltungsgerichtes.

Eine Zeit der langen und guten Zusammenarbeit ist zu Ende gegangen. Für seinen Einsatz für die Interessen des Verwaltungsgerichtes und des Kantons Graubünden für weit mehr als ein Vierteljahrhundert dankt das Verwaltungsgericht Hans-Jörg Saurer ganz herzlich und wünscht ihm im wohlverdienten Ruhestand nur das Beste.

Zu seiner Nachfolgerin wählte das Verwaltungsgericht Frau Sandra Brunold. Sie hat ihre Tätigkeit am 1. Oktober 2015 aufgenommen.

Die verfassungs- und verwaltungsrechtlichen Zuständigkeiten und die Besetzung der Kammern waren wie folgt geregelt:

1. Kammer (Audétat/Racioppi/Steher)

politische Rechte

Aufenthalt, Niederlassung, Bürgerrecht

Fremdenpolizei

Gewerbepolizei

Grundbuch

Grundstückwerb durch Personen im Ausland

Konzessionen

übrige Polizei

Personalrecht

Anwalts- und Notariatsrecht

Erziehung und Kultur

Strassenrecht
Submissionen, Wasserwirtschaft, öffentliche Dienste
öffentliche Sachen

2. *Kammer (Moser/Meisser/Racioppi)*

Alters- und Hinterlassenenversicherung
Unfallversicherung
Arbeitslosenversicherung
berufliche Vorsorge
Ergänzungsleistungen, Erwerbsersatzordnung
Familienzulagen
Opferhilfe

3. *Kammer (Stecher/Moser/Audétat)*

Invalidenversicherung
Krankenversicherung
Militärversicherung
Gesundheitswesen
Sozialhilfe
unentgeltliche Prozessführung

4. *Kammer (Racioppi/Stecher/Meisser)*

Gebühren
Ersatzabgaben
Perimeter und übrige Beiträge
kantonale und kommunale Steuern
direkte Bundessteuer
Kirchensteuer
Kurtaxen und Tourismusförderungsabgabe
Enteignung
amtliche Schätzung
Katastrophenhilfe, Feuerwehr, Zivilschutz

5. *Kammer (Meisser/Audétat/Moser)*

Bauen ausserhalb der Bauzonen (BAB)
Baurecht
Natur-, Heimat- und Denkmalschutz
Ortsplanung
Umwelt- und Gewässerschutz
Waldrecht
Gebäude- und Elementarschaden
Landwirtschaft

2. Verwaltungsrechtspflege

Die Arbeitsbelastung des Verwaltungsgerichts ist in etwa konstant. Die Eingänge wie auch die Erledigungen betragen seit geraumer Zeit, von den Ausnahmejahren 2012 und 2013 abgesehen, pro Jahr rund 500 Fälle. Die Neueingänge beliefen sich im Berichtsjahr auf total 453 (ohne Rückweisungen vom Bundesgericht), die Erledigungen auf total 450 Fälle. Im Bereich Raumordnung («R»-Fälle) belief sich die Zahl der Eingänge auf 101 gegenüber 117 im Vorjahr; dies bei 129 Mitteilungen im Berichtsjahr. Im Bereich Übriges Verwaltungsrecht («U»-Fälle) stieg die Zahl der Neueingänge mit 125 gegenüber 2014 (101) um 24, dies bei 123 Mitteilungen im Berichtsjahr. Im Bereich des Abgaberechts («A»-Fälle) waren die Zahlen mit 63 Neueingängen gegenüber 55 im Vorjahr in etwa gleich (50 Mitteilungen im Berichtsjahr). Der Bereich Sozialversicherungsrecht («S»-Fälle) steht mit 164 Neueingängen gegenüber 181 im Vorjahr weniger hoch zu Buche (148 Mitteilungen im Berichtsjahr).

Die Zahl der auf das Folgejahr übertragenen Fälle im Berichtsjahr (338) stieg gegenüber dem Vorjahr (325) leicht an. Die Zahl der Weiterzüge an das Bundesgericht in Lausanne (38) stieg ebenfalls gegenüber 32 im Vorjahr leicht an, ebenso die Zahl der Weiterzüge an das Bundesgericht in Luzern (21) gegenüber 14 im Vorjahr.

Die Zahl der Fälle mit kürzester Verweildauer (bis 3 Monate) hat sich mit 140 gegenüber dem Vorjahr (127) erhöht und die Fallzahl mit längerer Verweildauer hat – vorbehaltlich der überjährigen Fälle – abgenommen (s. nachstehende Tabelle «C. Dauer des Verfahrens»). Diese Entwicklung ist an und für sich erfreulich; indessen beträgt die normale Verfahrensdauer eines Durchschnittsfalles mit der Instruktion, der Prozessvorbereitung, der Urteilsfällung und der schriftlichen Urteilsbegründung nach wie vor auch im besten Falle vier bis sechs Monate.

3. Administration

Auch dieses Jahr wurde die IT-Sicherheit am Arbeitsplatz thematisiert. Während die Mitarbeiter letztes Jahr eine Schulung in Chur absolvierten, wurde dieses Jahr ein E-Learning Zugang zur Verfügung gestellt mit dem Ziel, spielerisch das Grundlagenwissen im Bereich der Informatik- und Informationssicherheit aller Mitarbeitenden zu stärken und sie erneut bezüglich IT-Sicherheit am Arbeitsplatz zu sensibilisieren.

Das Tribuna-Update wurde dieses Jahr am 2. Oktober 2015 durchgeführt. Am darauffolgenden Montag konnte der Betrieb wieder ohne namhafte Störungen aufgenommen werden, wobei die Behebung kleinerer Korrekturen und Anpassungen mehr Zeit beanspruchte als vorgesehen.

In Zusammenarbeit mit dem Kantonsgericht und der Bezirksgerichte wurde im Herbst mit Hilfe des AFI eine Risikoanalyse durchgeführt, um die Informationssicherheit bei Tribuna beurteilen zu können und allfällige Risiken und Massnahmen identifizieren und soweit möglich beheben zu können. Zudem erarbeitete und genehmigte das Gericht ein Konzept zur Organisation im Katastrophenfall (Notfallkonzept).

Da die Deltalogic eine neue Bibliotheks-Lösung erarbeitet hat, die gegenüber dem bisher verwendeten Weblaw-Produkt eindeutige Vorteile aufweist, hat das Gericht beschlossen, mit Wirkung per Ende Jahr auf die Deltalogic-Bibliotheks-Lösung umzusteigen. Die Bibliotheksverwaltung von Weblaw hat von Anfang an aufgrund von fehlenden oder mangelhaft implementierten Features nicht ganz überzeugt. Zudem waren die Betriebskosten für eine relativ einfache Webapplikation extrem hoch. Die Umstellung kostet im ersten Jahr zwar etwas mehr, dafür wird es in den Folgejahren um einiges günstiger. Zudem bringt die neue Lösung einige Vorteile mit sich: Webbasierte Applikationen, keine separate Anmeldung nötig, kann ohne Mehrkosten über das Internet zur Verfügung gestellt werden, erlaubt die Bücher schneller und ohne grossen Aufwand zu erfassen, weist zusätzliche Filtermöglichkeit bei der Suche auf, etc.

Trotz Publikation fast aller Urteile des Verwaltungsgerichtes im Internet beabsichtigt das Gericht im Sinne einer verbesserten Information der Medien, künftig bei Urteilen von besonderem öffentlichen Interesse oder grosser Tragweite zusätzlich zur Publikation im Internet noch eine Medienmitteilung zu veröffentlichen.

Im Dezember bewilligte der Grosse Rat eine neue 100 %-Stelle für das Aktuariat und eine Stellenumwandlung von 20 %. Damit trug der Grosse Rat den erhöhten Anforderungen und dem vermehrten Aufwand in der Fallbearbeitung Rechnung. Das Gericht erhofft sich dadurch eine Verkürzung der durchschnittlichen Verfahrensdauer. Zudem ist man dadurch in geringerer Masse auf ausserbetriebliche AktuarInnen angewiesen.

Die gestützt auf Art. 21 des kantonalen Enteignungsgesetzes einverlangten Jahresberichte der kantonalen Enteignungskommissionen I – VIII wurden am 15. März 2016 zur Kenntnis genommen. Im Berichtsjahr wurden vier Fälle aus dem Vorjahr übernommen, es gingen drei neue Fälle ein und fünf Fälle konnten erledigt werden. Folglich wurden zwei Fälle auf das Folgejahr 2016 übertragen. Weiterzüge an das Verwaltungsgericht waren keine zu verzeichnen.

4. Praxis des Verwaltungsgerichtes (PVG)

Der Jahrgang 2014 ist im Berichtsjahr programmgemäss erschienen. Der Jahrgang 2015 steht in Bearbeitung und wird in der ersten Hälfte des Jahres 2016 veröffentlicht werden.

Für die Rechtsprechung wird auf die ausführliche Berichterstattung verwiesen.

Rund 90 % der Urteile wurden fortlaufend auf der Homepage des Gerichtes anonymisiert veröffentlicht und gleichzeitig in die dort jederzeit zugängliche Entscheidsammlung integriert.

5. Sitzungstätigkeit

- Das Gericht trat zur Beratung der Fälle zu 47 (Vorjahr 65) Sitzungen zusammen und führte 33 (Vorjahr 36) Augenscheine durch.
- Im Berichtsjahr wurden 4 (Vorjahr 1) Referentenaudienzen, 1 (Vorjahr 2) mündliche Verhandlungen und 5 (Vorjahr 5) Zeugeneinvernahmen durchgeführt.
- Das Gericht hat in Fünfer-Besetzung entschieden: 25 Fälle (Vorjahr 16) gemäss zwingender Vorschrift, 1 Fall (Vorjahr 18) auf Anordnung des Vorsitzenden.
- In einzelrichterlicher Kompetenz wurden 50 Fälle (Vorjahr 41) entschieden.

II. Rechtsprechung

Über die Geschäftsentwicklung im Jahre 2015 und die Art der Geschäfts erledigung informiert die nachstehende tabellarische Gesamtübersicht:

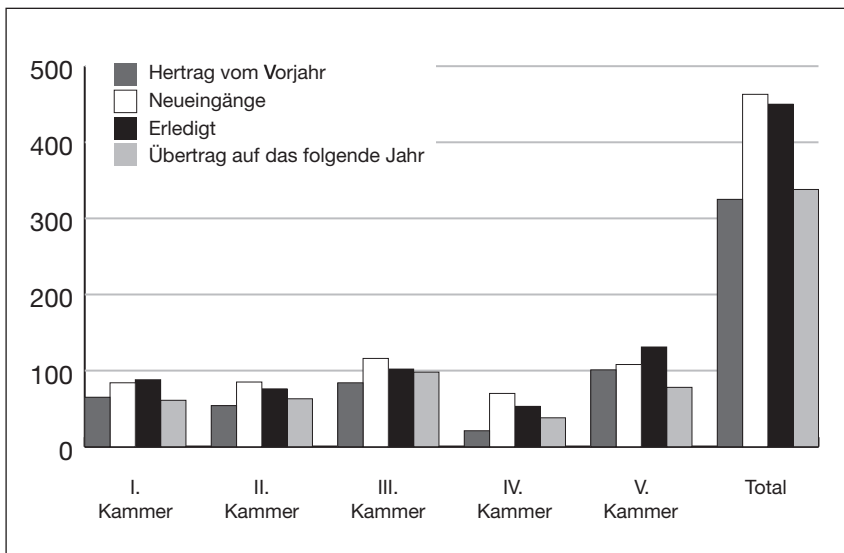
Geschäftsübersicht

A. Verwaltungsgericht

1. Gesamtübersicht

Kammern	I	II	III	IV	V	Total
Hertrag vom Vorjahr	65	54	84	21	101	325
Neueingänge [453 + 10*)]	84	85	116	70	108	463
Total	149	139	200	91	209	788
Hievon erledigt	88	76	102	53	131	450
Übertrag auf das folgende Jahr	61	63	98	38	78	338

*) = retour von BGer



Von den 338 auf das Jahr 2016 übertragenen Fällen stammen 262 aus dem Jahre 2015, 76 Fälle aus dem Jahre 2014 oder früher, nämlich:

Jahr	Anzahl Fälle	Grund
2009	1	sistiert, Staatshaftung; Abwarten Inkrafttreten Gesetzesänderung per 1.2.2016
2011	1 4	sistiert, Revision Ortsplanung sistiert, Gutachten ausstehend
2013	1 3 1 3 5 1	zurückgezogen im Dezember 2015/ Abschreibung Januar 2016 entschieden, kurz vor Mitteilung sistiert, gerichtliche Beweiserhebung sistiert, Revision Ortsplanung sistiert, Projektänderungsgesuch in Prüfung sistiert, Wiedererwägungsgesuch in Prüfung
2014	5 1 11 1 1 1 21 1 1 6 1 2 2 1	aufwändige Beweiserhebung (Gutachten) komplexe Fragestellung, kurz vor Beratung Schriftenwechsel abgeschlossen, kurz vor Beratung retour von BGer im Schriftenwechsel nach Rückweisung BGer retour von BGer, kurz vor Beratung Teilentscheid betreffend Eintreten und noch nicht rechtskräftig entschieden, kurz vor Mitteilung Verfahren wieder aufgenommen, Vergleichsverhandlungen gescheitert Verfahren nach Sistierung wieder aufgenommen sistiert, Staatshaftung; Abwarten Inkrafttreten Gesetzesänderung per 1.2.2016 Staatshaftung; Abwarten Inkrafttreten Gesetzesänderung per 1.2.2016 laufende Vergleichsverhandlungen sistiert, kurz vor Mitteilung evtl. Sistierung
Total	76 (Vorjahr 63)	

2. Art der Erledigung

Kammern	I	II	III	IV	V	Total
Gutgeheissen	10	8	25	6	20	69
Teilweise gutgeheissen	2	2	9	1	12	26
Abgewiesen	33	52	40	13	53	191
Nicht eingetreten	14	3	7	2	2	28
Abgeschrieben	27	9	21	28	36	121
Diverse *)	2	2	0	3	8	15
Total	88	76	102	53	131	450

*) = Kostenentscheide, Überweisungen, Feststellung Vorsorgeguthaben

B. Weiterzüge an das Bundesgericht

(in Klammern Vorjahr)

	Bundesgericht (Lausanne)		Bundesgericht (Luzern)		Total	
		()		()		()
Pendent am 1. 1. 2015	13	(29)	3	(5)	16	(34)
Weiterzüge	38	(32)	21	(14)	59	(46)
	51	(61)	24	(19)	75	(80)
Hievon erledigt	39	(48)	13	(16)	52	(64)
Pendent am 31.12. 2015	12	(13)	11	(3)	23	(16)
Art der Erledigung						
Gutgeheissen	8	(7)	1	(3)	9	(10)
Teilweise gutgeheissen	3	(8)	1	(1)	4	(9)
Abgewiesen	18	(26)	8	(10)	26	(36)
Nicht eingetreten	7	(5)	3	(2)	10	(7)
Rückzug/ Abschreibungen	3	(2)	0	(0)	3	(2)
Total	39	(48)	13	(16)	52	(64)

C. Dauer des Verfahrens

Über die Dauer der Verfahren vor Verwaltungsgericht vom Eingang des Rechtsmittels bis zur Mitteilung des Entscheides gibt die nachstehende Tabelle Aufschluss:

Dauer der Verfahren	Fälle	(Vorjahr)
bis 3 Monate	140	(127)
3 bis 6 Monate	78	(116)
6 bis 12 Monate	130	(163)
12 Monate und länger	102	(72)
Total	450	(478)

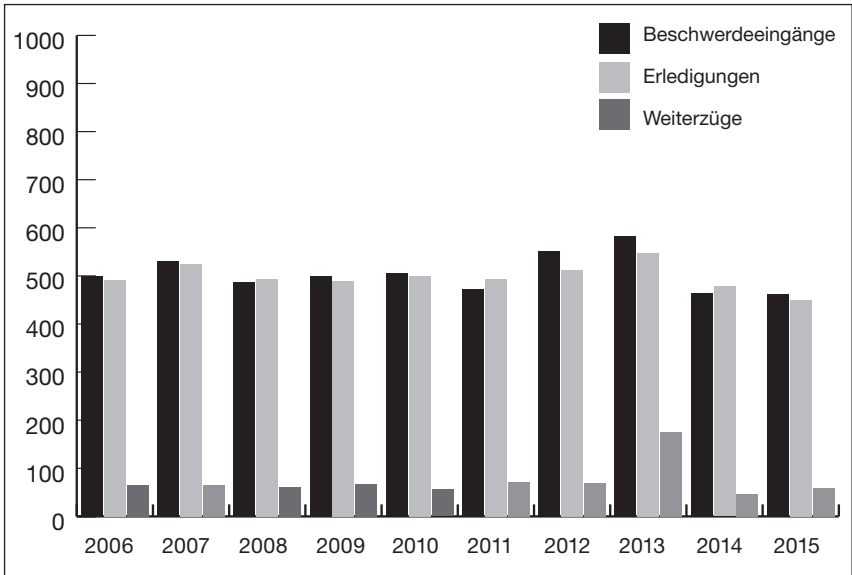
D. Kosten des Verfahrens

Über die Kosten der Verwaltungsgerichtsbarkeit informiert die nachstehende Zusammenstellung:

Entscheide	450
Einnahmen aus Staatsgebühren*	Fr. 520 678.10
Einnahmen für Kanzleiauslagen*	Fr. 80 723.00
zusammen	Fr. 601 401.10
Durchschnitt pro Urteil (450)	Fr. 1 336.45
Durchschnitt pro Urteil ohne kostenlose Verfahren (297)	Fr. 2 024.90
Gemäss Staatsrechnung beträgt der Gesamtaufwand der Verwaltungsgerichtsbarkeit Fr. 3 316 442.55, die Einnahmen Fr. 610 742.25	
* In den meisten Sozialversicherungsfällen und einigen weiteren Rechtsgebieten können keine oder nur geringe Gebühren erhoben werden. Gemäss Gebührenordnung für das Verwaltungsgericht (Staatsgebühr Fr. 100.– bis Fr. 20 000.–, in Sonderfällen bis Fr. 100 000.–, und Ausfertigungsgebühr von Fr. 16.– je Originalseite).	

E. Mehrjähriger Vergleich

Jahre	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Eingänge	500	531	487	499	506	473	552	582	464	463
Erledigungen	491	525	494	490	500	494	513	547	478	450
Weiterzüge	65	66	61	68	56	71	69	176	46	59
Sitzungstage	60	59	65	57	63	47	65	59	65	47
Augenscheine	75	56	55	47	51	33	32	27	36	33



III. Einzel-Übersicht

Die nachstehende Tabelle informiert in allen interessierenden Einheiten über den Geschäftsverlauf im Berichtsjahre 2015:

	Gut- heissung	teilweise Gutheis- sung	Abwei- sung	Nicht- eintreten	Ab- schrei- bung	Diverse)	Total
Abgaberecht							
Anschlussgebühren	-	-	3	-	1	1	5
Benutzungsgebühren	-	1	1	-	2	-	4
Gebühren übriges	1	-	2	-	1	-	4
Ersatzabgabe	1	-	2	-	-	1	4
Beitrags- und Perimeterverfahren	-	-	-	-	3	-	3
Nachlass- und Erbschaftssteuer	-	-	-	-	1	-	1
Einkommenssteuer	-	-	3	-	5	-	8
Sondersteuer auf Kapitalgewinn	-	-	-	-	-	-	-
Vermögenssteuer	-	-	-	-	-	-	-
Liegenschaftssteuer	-	-	-	-	-	-	-
Grundstückgewinn- steuer	-	-	-	-	2	-	2
Handänderungs- steuer	2	-	-	-	-	-	2
Kirchensteuer	-	-	-	-	-	-	-
Steuern der jur. Personen	1	-	-	-	1	-	2
Schenkungssteuer	-	-	-	-	-	-	-
Steuer gebrannte Wasser	-	-	-	-	-	-	-
Steuern übriges	-	-	3	1	4	-	8
Kurtaxen und Tourismusförderungs- abgabe	1	-	-	1	3	-	5
Raumordnungs- recht							
Bauen ausserhalb der Bauzonen	2	1	2	-	6	-	11
Baurecht	15	8	34	1	25	3	86

	Gut- heissung	teilweise Gutheis- sung	Abwei- sung	Nicht- eintreten	Ab- schrei- bung	Diverse)	Total
Enteignung	-	-	-	-	-	-	-
Landwirtschaft	-	1	4	1	1	1	8
Natur-, Heimat-, Denkmalschutz	-	-	-	-	-	-	-
Planung	2	2	10	-	4	2	20
Umwelt- und Gewäs- serschutzrecht	1	-	2	1	-	-	4
Waldrecht	-	-	-	-	-	-	-
Sozialversiche- rungsrecht							
Alters-/Hinterbliebe- nenversicherung	-	-	5	-	-	-	5
Schadenersatz nach AHVG	-	-	-	-	-	-	-
Arbeitslosen- versicherung	2	1	18	2	4	-	27
Berufliche Vorsorge	1	1	1	1	2	2	8
Invalidenversicherung	11	6	29	1	10	-	57
Krankenversicherung	1	-	6	2	-	-	9
Krankenversicherung VVG (Klageverfahren)	2	-	1	1	3	-	7
Militärversicherung	-	-	-	-	-	-	-
Unfallversicherung	4	-	21	-	1	-	26
EL/EOG	1	-	6	-	2	-	9
Übrige Sozialver- sicherung	-	-	-	-	-	-	-
Übriges Verwal- tungs- und Verfah- rensrecht							
Submissionen	1	-	14	4	10	-	29
Fremdenpolizei	3	-	3	-	2	-	8
Gesundheitswesen	-	-	2	-	1	-	3
Gewerbepolizei	-	-	1	-	-	-	1
Grundbuch	-	-	-	-	-	-	-
Konzessionen	1	-	3	1	3	-	8
Übrige Polizei	-	-	-	1	-	-	1

	Gut- heissung	teilweise Gutheis- sung	Abwei- sung	Nicht- eintreten	Ab- schrei- bung	Diverse)	Total
Personalrecht	-	-	2	2	-	-	4
Anwalts- und Notariatsrecht	-	-	-	-	-	1	1
Strassenrecht	-	-	2	1	1	-	4
SVG	-	1	4	-	-	-	5
Amtliche Schätzung	-	-	-	-	2	-	2
Politische Rechte	-	-	-	-	-	-	-
Amtliche Schätzung	-	-	-	-	2	-	2
Opferhilfe	-	-	-	-	-	-	-
Katastrophenhilfe	-	-	-	-	1	-	1
Gebäude- und Ele- mentarschäden	-	-	-	-	-	-	-
Grundstückwerb durch Personen im Ausland	-	-	1	-	2	-	3
Erziehung und Kultur	1	-	-	2	1	-	4
Aufenthalt, Niederlas- sung, Bürgerrecht	-	-	1	-	-	1	2
Wohnsitz	1	-	-	-	1	-	2
Sozialhilfe	10	3	2	3	7	-	25
Unentgeltliche Rechtspflege	-	-	2	-	-	-	2
Wasserwirtschaft	-	-	-	-	-	-	-
Öffentliche Dienste	-	-	-	-	-	-	-
Staatshaftung	-	-	-	-	1	-	1
Öffentliche Sachen	-	-	-	-	4	1	5
Sonstiges Verwal- tungsrecht	-	-	-	-	4	-	4
Verfassungsrecht							
Abstrakte Normen- kontrolle	-	1	-	1	-	-	2
Politische Rechte	2	-	1	3	-	-	6
Autonomie	-	-	-	-	-	-	-
Total	67	26	191	30	123	13	450

*) = Kostenentscheide, Überweisungen, Festlegung Vorsorge-Guthaben

IV. Kenntnisnahme Berichte Schlichtungsstelle und Schiedsgericht SVR

Das Verwaltungsgericht hat am 15. März 2016 von den Jahresberichten 2015 der kantonalen Schlichtungsstelle SVR vom 22. Januar 2016 und des kantonalen Schiedsgerichtes SVR vom 22. Januar 2016 Kenntnis genommen.

Wir ersuchen Sie, sehr geehrter Herr Landespräsident, sehr geehrte Damen und Herren, um Genehmigung des Rechenschaftsberichtes 2015.

Verwaltungsgericht des Kantons Graubünden

Der Präsident:

Dr. iur. U. Meisser

Die Aktuarin:

lic. iur. M. Krättli-Keller